

Analysen sprechen nicht für sich!

Ergebnisse des Projekts „Transfer von empirischen Erkenntnissen zur lokalen Sicherheitslage in kommunale Präventionsstrategien“ (SiATransfer)

Jan Lorenz Wilhelm, Katharina Mohring &

Marcus Kober

Kommunale Sicherheitsanalysen können dazu beitragen, die Konzeption und Planung von Präventionsmaßnahmen vor Ort auf eine bessere Wissensbasis zu stellen und damit zielgerichteter und problemorientierter zu gestalten. Allerdings gibt es noch wenig Erkenntnisse darüber, wie Sicherheitsanalysen für alle Seiten gewinnbringend umgesetzt werden können. Dieser Fragestellung folgte das vom Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) initiierte und vom Bundesministerium der Justiz geförderte Projekt „Transfer von empirischen Erkenntnissen zur lokalen Sicherheitslage in kommunale Präventionsstrategien“ (SiATransfer), dessen Hintergrund, Verlauf und zentrale Erkenntnisse mit besonderem Fokus auf Gelingensbedingungen nachfolgend skizziert werden.

Fragestellung

Bislang fehlen systematisch aufbereitete Daten über Erfahrungen mit der Durchführung von umfassenden Sicherheitsanalysen. Andererseits ist das Interesse in den Kommunen hoch, bei Problemanalysen, bei Zielfindungsprozessen oder beim Wissensaustausch im Rahmen der lokalen Präventionsarbeit unterstützt zu werden (Schreiber, 2019). In einigen Bundesländern befinden sich Landesprogramme in der Umsetzung, die bereits unterschiedliche Lösungsansätze für eine gelingende kommunale Präventionspraxis berücksichtigen und daher viel Erfahrungswissen für eine systematische Aufarbeitung versprechen. Sicherheitsanalysen haben in diesen Programmen einen hohen Stellenwert.

Der Erfolg dieser Landesprogramme hängt unter anderem auch davon ab, wie gut es den kommunalen Akteurinnen und Akteuren vor Ort gelingt, die Ergebnisse der Analysen aufzugreifen bzw. aus den Analysen für das eigene Handeln zu lernen.

An dieser Problemlage setzt das Projekt „Transfer von empirischen Erkenntnissen zur lokalen Sicherheitslage in kommunale Präventionsstrategien“ (SiATransfer) an. Am Beispiel ausgewählter sächsischer Kommunen mit unter-

schiedlichen Ausgangssituationen, die an der Landesstrategie „Allianz Sichere Sächsische Kommunen“ (ASSKomm) teilnehmen, wurden einzelne Umsetzungsschritte von Sicherheitsanalysen vertieft analysiert. Dabei flossen sowohl die Erfahrungen der Kommunen als auch die Landesperspektive in das Projekt ein.

Anspruchsvoller Lernprozess

Das Lernen aus Sicherheitsanalysen muss als ein anspruchsvoller Prozess verstanden werden. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die bloße Erzeugung und

Präsentation von Ergebnissen und Empfehlungen eine Umsetzung derselben zur Folge haben (vgl. Rolfes & Wilhelm, S. 271ff.; Wilhelm & Mohring, 2022a). Vielmehr hängt der Erfolg des Lernprozesses davon ab, wie die Planung, Durchführung, Auswertung und Umsetzung der Sicherheitsanalyse in einem wechselseitigen Kommunikationsprozess mit den lokalen Wissenspraktiken, Routinen, Erwartungen, Bedenken, Rahmenbedingungen und Interaktionen der Beteiligten abgeglichen und in Einklang gebracht werden können.

Abbildung 1 zeigt die verschiedenen Dimensionen, die den Prozess der Sicherheitsanalyse charakterisieren, und verdeutlicht, dass jeder Dimension eigene Entscheidungsnotwendigkeiten und Umsetzungsschritte zugeordnet sind. Daher müssen bei der Implementierung der Ergebnisse alle Dimensionen in ihrer Gesamtheit berücksichtigt werden. Der Kommunikationsprozess kann durch die Verwendung von leitenden Fragen gegliedert und angepasst werden.

Projekthintergrund

Die Frage, wie sich der Prozess des Lernens aus Sicherheitsanalysen in der Praxis vollzieht und verbessert werden

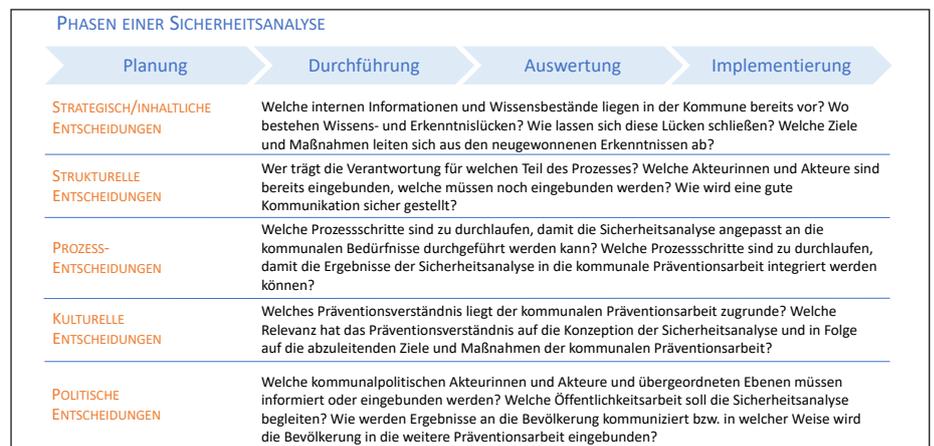


Abbildung 1: Rahmenprozess für Sicherheitsanalysen (eigene Darstellung)

kann, stand im Mittelpunkt einer vom Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) mit Mitteln des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) beauftragten und im Zeitraum von September bis Dezember 2022 von Forschenden der Universität Potsdam umgesetzten wissenschaftlichen Expertise zum „Transfer von empirischen Erkenntnissen zur lokalen Sicherheitslage in kommunale Präventionsstrategien“ (SiATransfer).

Um empirische Einblicke in praktische Herausforderungen und Gelingensbedingungen beim Transfer von Erkenntnissen aus Sicherheitsanalysen in die kommunale Präventionspraxis zu gewinnen, wurde die Umsetzung der Landesstrategie „Allianz Sichere Sächsische Kommunen“ (ASSKomm) im Freistaat Sachsen in den Blick genommen. Sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landesebene wurde der Frage nachgegangen, welche Erfahrungswerte und weiteren Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich eines Lernens aus Sicherheitsanalysen bestehen. Am Beispiel von drei Modellkommunen wurde dazu untersucht, wie sich die Präventionsarbeit durch Sicherheitsanalysen inspirieren bzw. irritieren lässt, welche Schwierigkeiten und Hindernisse dabei auftreten, aber auch, welche Lösungsansätze vor Ort erarbeitet wurden.

Um diese erkenntnisleitenden Fragestellungen zu bearbeiten, wurden qualitative Methoden, wie leitfadengestützte Interviews, teilnehmende Beobachtung, Fokusgruppengespräche und Dokumentenanalysen durchgeführt. Auf kommunaler Ebene erfolgten die Analysen in drei ausgewählten sächsischen Kommunen, die am ASSKomm-Programm teilnehmen und in denen die Ergebnisse lokal durchgeführter Sicherheitsanalysen zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits vorlagen. Bei der Auswahl dieser Kommunen wurde der Bearbeitungsstand der Sicherheitsanalysen berücksichtigt und darauf geachtet, verschiedene Akteurskonstellationen und Gemeindegrößen in die Analyse mit einzubeziehen, um Erkenntnisse zu Strukturen und Prozessen vor dem Hintergrund unterschiedlicher, typischer Ausgangs- und Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Auf Landesebene wurden in Kooperation mit dem Landespräventionsrat die ASSKomm-Begleitstrukturen analysiert.

Projektergebnisse

Aus den Projektergebnissen lassen sich fünf Gelingensbedingungen ableiten, die einen großen Einfluss darauf

haben, ob und wie gut Ergebnisse von Sicherheitsanalysen einen praktischen Nutzen für die Präventionsarbeit in Kommunen entfalten.

➤ Der Schlüsselmoment ist am Anfang

Eine zentrale Aufgabe vor der Durchführung einer Sicherheitsanalyse besteht darin, dass sich die vor Ort beteiligten Akteurinnen und Akteure, aber auch extern Beratende (z.B. Wissenschaftler:innen oder Dienstleister:innen) über ihr jeweiliges Präventionsverständnis austauschen und miteinander abstimmen. Abhängig von jeweiligen professionellen Perspektiven oder individuellen Blickwinkeln, werden mit dem Begriff Prävention unterschiedliche Ziele und Herangehensweisen verbunden. Häufig treffen dabei insbesondere zwei Grundverständnisse aufeinander, die nicht selten konträr und bisweilen konfliktträchtig sind.

Auf der einen Seite steht ein Verständnis, das Prävention eher aus der Perspektive der Aufrechterhaltung und Schaffung von Sicherheit und Ordnung in der Kommune versteht. Aus diesem Verständnis heraus stehen Maßnahmen im Vordergrund, die ein identifiziertes Sicherheitsproblem möglichst schnell und effektiv lösen sollen. In aller Regel werden dann Maßnahmen der sekundären Prävention vorgeschlagen und ergriffen, um einen Missstand zu beheben. Dies können technische Lösungen, vermehrte Präsenz von Sicherheitsakteurinnen und -akteuren, behördliche Ansprachen von potenziellen Gefährderinnen und Gefährdern, Informationskampagnen und viele andere Maßnahmen mehr sein.

Im Gegensatz dazu wird Prävention aus einer weiteren Perspektive nicht primär als Problem-Lösungs-Prozess, sondern ganzheitlicher und in einer grundsätzlichen Haltung verstanden. Ziel kommunaler Prävention sollte es diesem Ansatz folgend sein, „vor die Lage zu kommen“, Probleme nicht erst dann in den Blick zu nehmen, wenn sie Handlungsdruck verursachen, sondern bereits vorher Ressourcen, Kompetenzen und Strukturen aufzubauen und zu stärken, die Probleme im Idealfall gar nicht erst entstehen oder zumindest effektiver lösen lassen. Diesem Verständnis nach ist kommunale Prävention kein abgeschlossener Prozess, sondern eine bestimmte Perspektive auf das kommunale Miteinander zu schauen. Neben manifesten sicherheitsrelevanten Sachverhalten rücken damit

auch Wahrnehmungen von (Un-)Sicherheit verstärkt in den Fokus. Prävention ist vor diesem Hintergrund weiter zu denken und schließt nicht nur die Verhinderung von Kriminalität ein, sondern versteht sich (auch) als eine Form der kommunalen Fürsorge für das Wohlergehen der Bevölkerung. Ziel von Prävention könnte es diesem Verständnis nach sein, den sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung zu steigern, Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen sowie persönliche Kontakte zu etablieren, um im Bedarfsfall schneller und abgestimmter agieren zu können oder Kompetenzen in bestimmten Bevölkerungsgruppen zu fördern und sie damit resilienter zu machen.

Diese oder gegebenenfalls weitere Verständnisse von Prävention müssen kommunale Akteurinnen und Akteure im Vorfeld einer Sicherheitsanalyse miteinander austauschen und sich auf einen abgestimmten Umgang mit bestehenden Differenzen verständigen. Dies ist notwendig, um begründet entscheiden zu können, welche Informationen überhaupt erhoben werden sollen und wie Erkenntnisse zur objektiven und subjektiven Sicherheitslage gewichtet werden sollen. Geschieht eine solche Klärung nicht, so zeigt die Erfahrung, kommt es später häufig zu Unstimmigkeiten zwischen den Beteiligten dazu, welche Bedeutung den Ergebnissen beizumessen ist und wer die Verantwortung für die Bearbeitung erkannter Probleme übernimmt.

In praktischer Hinsicht bedarf es verbindlicher Absprachen zwischen den Beteiligten, wer wann welche Informationen, Daten und sonstigen Ressourcen einzubringen hat. Dies gelingt am besten, wenn alle Beteiligten den individuellen Nutzen einer Sicherheitsanalyse erkennen und ihnen der Prozess der Erstellung transparent gemacht wird.

➤ Beteiligte wollen mitgenommen werden

Die Durchführung einer Sicherheitsanalyse ist für die lokalen Akteurinnen und Akteure mit Aufwand verbunden. Beispielsweise müssen sie Zeit und Engagement in Planungs-, Abstimmungs-, Auswertungs- und Transferprozesse investieren. Darüber hinaus müssen Polizei und Fachverwaltungen in der Regel Daten und Informationen liefern, die entsprechend recherchiert und aufbereitet werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist es von großer Bedeutung, allen Beteiligten frühzeitig den praktischen Nutzen der Sicherheitsanalysen in Bezug auf ihre eigene Arbeit zu ver-

anschaulichen und den bevorstehenden Prozess an konkreten Beispielen zu verdeutlichen. Es ist wichtig, dass alle Akteurinnen und Akteure in diesem Prozess „mitgenommen“ werden und ihr jeweiliges Eigeninteresse an einer Mitwirkung geweckt wird. Es sollte bei allen Beteiligten das Verständnis entstehen, dass eine gemeinsame Bestandaufnahme in der Kommune eine profunde Entscheidungsgrundlage für eine problemorientierte, abgestimmte Präventionsarbeit darstellt.

Flankierend zur Erstellung eines Sicherheitslagebildes sollte auch eine Angebots- und Strukturanalyse durchgeführt werden. Dazu werden Personen und Institutionen in der Kommune erfasst, die mit ihren Angeboten bereits präventiv aktiv sind. Nicht immer ist diesen Akteurinnen und Akteuren der präventive Charakter ihrer Arbeit bewusst. Dabei kann es sich um Angebote in Kindergarten und Schule, Leistungen der verschiedenen kommunalen Fachämter, das Vereinsleben in der Gemeinde und viele andere Aktivitäten mehr handeln. Ohne dies bewusst zu realisieren, leisten viele Stellen in einer Kommune ihre Beiträge, die objektive oder subjektive Sicherheitslage zu beeinflussen, auch wenn sie vorrangig andere Ziele damit verfolgen.

Der Abgleich ermittelter Probleme oder Risikofaktoren mit den vorhandenen Ressourcen in der Kommune ermöglicht sodann die Bestimmung von Angebotslücken und weiteren Bedarfen. Basierend auf einer Priorisierung konkreter Zielsetzung kann dann präziser bestimmt werden, wie vorhandene Angebote zielgerichtet aufeinander bezogen und miteinander verknüpft werden können.

➤ Modularer Aufbau von Sicherheitsanalysen

Es empfiehlt sich aus den vorgenannten Erwägungen ein modularer Aufbau der Sicherheitsanalyse (vgl. Abb. 2). Es kann mittels flexibel einsetzbarer Module den konkreten Bedarfen der Kommune individueller Rechnung getragen und zugleich Überfrachtungen in Umfang und Methoden entgegengewirkt werden, wodurch Ressourcen zielgerichteter verwendet werden.

Die ersten **drei Module** entsprechen in etwa den Inhalten klassischer kriminologischer Regionalanalysen und umfassen:

1. eine **quantitative Analyse des Hellfeldes der Kriminalität** auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), der politisch motivierten Kriminalität (PMK) und Daten zu Ordnungswidrigkeiten, in Verbindung mit der Analyse gebietsbezogener

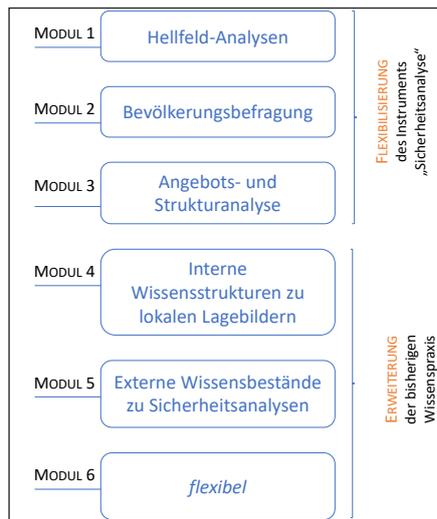


Abbildung 2: Modularer Aufbau einer flexiblen und erweiterten Sicherheitsanalyse (Wilhelm & Mohring 2022b)

2. eine **quantitative Bevölkerungsbefragung** gestützt auf erprobten Indikatoren zur Erfassung von Sicherheitswahrnehmungen (eventuell ergänzt um eine statistische Verknüpfung und Analyse von Hellfelddaten der Kriminalstatistik mit den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung), sowie
3. eine **qualitative Analyse von Angeboten und Strukturen** der kommunalen Präventionsarbeit.

Grundsätzlich ist hinsichtlich der Gewichtung einzelner Module abzuwägen, ob die Erkenntnisse eher eine präventive Bearbeitung des tatsächlichen Kriminalitätsaufkommens (z.B. Entschärfung von Brennpunkten in der Kommune), eine präventive Bearbeitung von subjektiver (Un-)Sicherheit (z.B. durch Beseitigung von Angsträumen) oder beides gleichermaßen ermöglichen sollen.

Abhängig vom gemeinsam bestimmten Erkenntnisinteresse in der Kommune können diese drei Module in angepasster Gewichtung und in entsprechendem Umfang kombiniert werden. Ergänzend und chronologisch möglicherweise den Modulen 1 bis 3 vorgelagert, erweitert ein optionales **viertes Modul** die Sicherheitsanalyse um die Erfassung der internen Wissensstrukturen. Die verschiedenen Akteurinnen und Akteure vor Ort agieren jeweils auf Grundlage spezifischer, professionsbedingter „Lagebeurteilungen“. Dies betrifft Akteurinnen und Akteure der sozialen Arbeit (Jugendhilfeplanung, Obdachlosenhilfe, Streetwork, Suchtberatung etc.) ebenso wie Sicherheits- und Ordnungs-

behörden oder die anderen Fachressorts der Kommunalverwaltungen.

Informationen aus unterschiedlichen Quellen werden in den Institutionen in spezifischen Wissenspraktiken verarbeitet. Dies umfasst etwa die Fragen, wie Informationen von wem erhoben, für wen und in welcher Form diese aufbereitet oder für welche Zwecke Informationen verwendet werden. Diese verschiedenen Perspektiven auf die Situation vor Ort sind jedoch in der Regel nicht aufeinander bezogen, können zu unterschiedlichen Wahrnehmungen und Schlussfolgerungen führen und stehen möglicherweise auch im (partiellen) Widerspruch zu Ergebnissen von Sicherheitsanalysen.

Daher ist es sinnvoll, alle vorhandenen internen Wissensbestände zusammen zu stellen, auf etwaige Widersprüche und Gemeinsamkeiten zu prüfen und zu einem Gesamtbild zu verdichten. Basierend darauf können im Vorfeld einer Sicherheitsanalyse bestehende Informations- und Erkenntnislücken identifiziert und gezielt geschlossen werden. Nach der Auswertung von Ergebnissen der Sicherheitsanalyse erlaubt ein Abgleich mit internen Wissensstrukturen die Aufdeckung von Diskrepanzen. Beispielsweise können Untersuchungsergebnisse dem beruflichen Erfahrungswissen einzelner Akteurinnen und Akteure widersprechen. Sofern diese aufgegriffen, interpretiert und bewertet werden, erhöht dies die Akzeptanz von Sicherheitsanalysen und komplettiert das Bild zur Sicherheitslage.

Eine weitere Ergänzung kann in einem **fünften Modul** die Einbeziehung externer Wissensbestände zu Sicherheitsanalysen darstellen. Möglicherweise liegen aus dem regionalen Umfeld, aus themenbezogenen Untersuchungen im Land oder aus anderen Quellen Informationen vor. Von großer praktischer Bedeutung sind zum Beispiel „Werkzeugkästen“, die Good-Practice-Beispiele von Maßnahmen beinhalten, die sich zur Bearbeitung der vor Ort identifizierten Probleme als geeignet erwiesen haben.

Ein offenes **sechstes Modul** weist darauf hin, dass aufgrund besonderer lokaler Bedingungen auch noch weitere Bausteine die Sicherheitsanalyse ergänzen können (z.B. Bürgerforen oder Werkstattverfahren, um gezielter Ursachen von Problem herausarbeiten zu können). Solche ergänzenden Verfahren leiten sich aus den kommunalen Bedingungen ab und sollten bei der Planung der Sicherheitsanalyse mitbedacht werden.

➤ Erklärung und Handlungsempfehlungen

Bei der Durchführung einer Sicherheitsanalyse müssen alle erhobenen Daten interpretiert und mit anderen Erkenntnissen verglichen werden. Eine besondere Herausforderung besteht darin, die Befunde zu erklären, was in der Praxis häufig vernachlässigt wird. Stattdessen werden lediglich beschreibend Korrelationen ermittelt und kaum Versuche unternommen, auf raumbezogener Ebene Ursachen für die Kriminalitäts- und Sicherheitslage zu identifizieren. Das hat im ungünstigen Fall die Konsequenz, dass Daten nicht ausreichend berücksichtigt oder fehlinterpretiert werden. Das wiederum kann einen unmittelbaren Einfluss auf die weitere Präventionsarbeit haben.

Es ist wichtig, in den Berichten zur Sicherheitsanalyse Hypothesen über die Entstehungsbedingungen von und Einflussfaktoren auf das örtliche Kriminalitätsgeschehen zu formulieren und diese auf Grund des erhobenen und vorhandenen Datenmaterials zu prüfen. Ohne diese Analysen besteht die Gefahr, dass Handlungsempfehlungen beliebig erscheinen, da sie nicht verständlich aus dem Datenmaterial abgeleitet werden.

Die Handlungsempfehlungen in Sicherheitsanalysen sollten zudem mehreren Anforderungen genügen.

Empfehlungen entwickeln erstens für die lokalen Akteurinnen und Akteure Relevanz, wenn sie die Situation vor Ort, Rahmenbedingungen, Akteurskonstellationen und vorhandenes Wissen erkennbar aufgreifen, reflektieren und auf verständliche Weise Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen.

Sie sollten zweitens örtlich möglichst genau bestimmt, konkret und auf die empirischen Befunde bezogen sein. Präventionspraktiker:innen haben vielfach keine Erfahrungen und Kenntnisse, welche Maßnahmen zur Bearbeitung identifizierter Probleme geeignet und bewährt sind.

Daher müssen drittens in die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen Kenntnisse über bewährte Maßnahmen und Präventionsansätze einfließen.

➤ Berater:innen und Wissensagenten:innen

Die Umsetzung der Module muss, wie dargestellt, in einen Gesamtprozess eingebunden werden. Für dessen Gestaltung benötigen die Kommunen in aller Regel ausreichend Hilfestellung und Beratung, die sich nicht in methodischen Aspekten erschöpft. Vielmehr sollte sich die (externe) Unterstützung u.a. auch da-

rauf beziehen, wie der Prozess gestaltet werden muss, damit dieser von allen Beteiligten mitgetragen wird und klare Zielsetzungen verfolgt werden, sodass die Kommunen hieraus Handlungsfelder, Maßnahmen und so letztlich eine Präventionsstrategie erarbeiten können. Für Beratende sind damit verschiedene Anforderungen verbunden.

Zum einen zielt deren Arbeit darauf ab, die kommunalen Akteurinnen und Akteure ressourcenorientiert darin zu unterstützen, eigene Lösungen für selbst wahrgenommene Problemstellungen zu erarbeiten. Auf der Basis guter Beziehungsarbeit geht es darum, die Problemlösungsfähigkeiten in den Kommunen zu stärken und den dafür notwendigen Prozess aus lokaler Perspektive heraus zu reflektieren und zu gestalten.

Zweitens bedarf es an verschiedenen Stellen auch methodischer und fachlicher Impulse. In methodischer Hinsicht bezieht dies etwa eine Sensibilisierung hinsichtlich der Erklärungskraft der einzelnen Module ein. Es muss vermittelt und erklärt werden, mittels welcher Instrumente und Methoden bestimmte Erkenntnisse gewonnen werden können, worin deren Möglichkeiten und Grenzen liegen.

Zugleich müssen die örtlich vorhandenen Wissensbestände und -praktiken im Blick behalten und einbezogen werden. Von zentraler Bedeutung ist zudem eine fachliche Expertise, die etwa Kenntnisse zur Interpretation von Ergebnissen aus Sicherheitsanalysen, möglichen Maßnahmen und Ansätzen der kommunalen Prävention zur Lösung vorhandener Problemstellungen oder bewährte Strukturen und Prozesse in der Präventionsarbeit umfasst. Idealerweise werden Beratende damit zu aktiven Impulsgeber:innen in allen Phasen der Planung, Umsetzung und Verwertung kommunaler Sicherheitsanalysen.

Im ganzen Prozess besteht ein zentraler Gelingensfaktor darin, fachliches Wissen in eine kommunale Sprache ‚übersetzen‘ zu können. Auf Seiten der Präventionspraktiker:innen bedarf es der Bereitschaft, sich von unerwarteten Ergebnissen überraschen und zunächst irritieren zu lassen. Möglicherweise führt der Prozess dazu, dass sich die Akteurinnen und Akteure dann mit neuen Problemstellungen auseinandersetzen, ihre bisherige Arbeit kritisch reflektieren und ggf. flexibel neue Wege in der Präventionsarbeit einschlagen.

Fazit

Das Projekt hat deutlich gemacht, dass Sicherheitsanalysen nicht für

sich allein sprechen. Ein Gewinn für die Praxis entsteht nur dann, wenn Sicherheitsanalysen als gemeinsamer Prozess mit mehreren Schritten und Dimensionen verstanden wird.

Wissen wird hier nicht „einfach nur“ transferiert, sondern es bedarf verschiedener Anstrengungen, um Fallstricke zu entgehen und ein Gelingen zu ermöglichen. In Kürze zeigte sich das darin, dass bereits zu Beginn des gesamten Prozesses, noch vor den Datenerhebungen, zwischen den Beteiligten Grundziele definiert werden sollten, um zu wissen, wohin die Präventionsarbeit führen soll.

Zudem müssen alle Beteiligten zu Beginn und während des gesamten Prozesses mitgenommen werden. Hierzu gehört auch, lokale Strukturen gut zu erfassen und zu berücksichtigen. Ein modularer Aufbau der Analyse ermöglicht die Flexibilisierung des Prozesses, die Berücksichtigung unterschiedlicher Wissensbestände sowie die zielgerichtete Anwendung unterschiedlicher Methoden, von Hellfeldanalysen bis zu Teilnehmungsformaten.

Es wurde herausgearbeitet, dass Zahlen und Daten nicht für sich allein stehen können, sondern erklärt und analytisch so aufbereitet werden müssen, dass für die Praxis anschlussfähige Handlungsempfehlungen hieraus ableitbar sind. Schließlich sind in diesem Prozess flankierende Beratungsstrukturen (wie zum Beispiel Wissensagentinnen und -agenten) wünschenswert, um die Kommunikationsprozesse zu erleichtern und die „Übersetzung“ zwischen den verschiedenen Organisationen etc. zu unterstützen.

Dr. Jan Lorenz Wilhelm ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltwissenschaften und Geographie, AG Angewandte Humangeographie und Regionalwissenschaften an der Universität Potsdam
Kontakt: jwilhelm@uni-potsdam.de / janlorenzwilhelm@gmx.de

Dr. Katharina Mohring ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Umweltwissenschaften und Geographie, AG Angewandte Humangeographie und Regionalwissenschaften an der Universität Potsdam
Kontakt: kmohring@uni-potsdam.de

Marcus Kober M.A. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
Kontakt: marcus.kober@bmi.bund.de

Literatur

Rolfes, M.; Wilhelm, J. L. (2021): System[theoretische Stadtentwicklung. Der Potsdamer Leitsternansatz. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-34516-7>.

Schreiber, V. (2019): *Kommunale Kriminalprävention in Deutschland 2018 – Fortschreibung einer Bestandsaufnahme 2007*. Nationales Zentrum für Kriminalprävention.

Wilhelm, J. L., Mohring, K. (2022a): „Was kommt wie in der lokalen Sicherheitsproduktion an?“ Fünf Prinzipien gelingender Wissenskommunikation. *forum kriminalprävention* (2). 3-9.

Wilhelm, J. L., Mohring, K. (2022b): Wissenschaftliche Expertise zum „Transfer von empirischen Erkenntnissen zur lokalen Sicherheitslage in kommunale Präventionsstrategien“ (SiATransfer)